

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen rüstet eifrig, agitiert und organisiert für die Stärkung unserer Vereinigung!

Leipzig.

In der stolzen Industrie- und Handelsstadt Leipzig, dem ehemaligen sorbischen Fischerdorfe, finden sich diesmal die Vertreter der Mitglieder unserer Vereinigung für die nächste Woche zusammen, um über die weitere Entwicklung und Stärkung unserer Organisation zum Wohle der Mitglieder zu beraten und die nötigen Maßnahmen zu treffen. Unsere Delegierten betreten eine historische Stätte der deutschen Arbeiterbewegung, die reich ist an Kämpfen und Erfolgen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete, wenn wir zurückblicken nur auf die agitatorische Tätigkeit der Leipziger Arbeiter vom Jahre 1848 an bis zum 1. März 1863, als Dassalle das offene Antwortschreiben erließ und am 22. Mai desselben Jahres Delegierte aus verschiedenen Städten zusammentraten und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründeten. Wie demnach Leipzig die Geburtsstätte und Wiege der deutschen Arbeiterbewegung ist im allgemeinen, so auch für unsere Organisation im besonderen. Sind doch am 21. Mai d. J. 30 Jahre nunmehr verflossen, daß in Leipzig zum erstenmale Berufskollegen aus Deutschland zusammenkamen und einen Verband der Deutschen Maler, Lackierer und Vergolder auf zentralistischer Grundlage errichteten. Ein Jahr später, vom 1. April 1878 an, wurde das Verbandsorgan „Die Mappe“ herausgegeben, das am 1. und 15. jeden Monats erschien. Den neuerrichteten Verband kräftig auszustalten, war leider nicht möglich, das Sozialistengesetz hemmte jegliche gewerkschaftliche Entwicklung. In Leipzig besonders ging die Polizei brutal vor, alle politischen Organisationen und Gewerkschaften wurden aufgelöst und am 12. November 1878 verfiel der Maler- und Vergolderverband diesem Schicksal.

Seitdem hat sich ein gewaltiger Umschwung vollzogen. In dem Programmarticle der ersten Nummer der Mappe wird die Zahl der beschäftigten Berufskollegen in Deutschland im Jahre 1878 auf circa 25 000 angegeben und gewünscht, wenn nur erst ein entsprechender Prozentsatz davon seine Pflicht in dem gemeinschaftlichen Wirken aller erkennen, es dann auch zum Wohle aller vorwärts gehen werde; — heute nach 80 Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten in unserem Gewerbe mehr als verdreifacht und eine kraftvolle Organisation von 40 000 Mitgliedern in der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands entwickelt. Nur einige wenige Kollegen sind es noch, die heute als ergrauter Kämpfer auf diese ganze Entwicklungsperiode eines Menschenalters zurückblicken können, auf jene ereignisreichen Tage, an denen sie als Pioniere im Dienste der Arbeiterbewegung ihren Mann gestanden. Ein erfreuliches Bild fortschreitender Entwicklung bietet uns am besten unsere Leipziger Organisation, konnte auf dem ersten Kongress der damaligen Vertreter der Leipziger Kollegen die Verhältnisse infolge der geringen Zahl von aufgefächerten Kollegen als äußerst mühsame und zerfahrene bezeichneten (30—35 % Durchschnittslohn pro Stunde, zehn- und elfstündige Arbeitszeit), so ersehen wir aus dem vorliegenden eingehenden Geschäftsbericht für 1906 ein zielbewußtes Streben nach vorwärts, einen guten Mitgliederbestand, kurz ein stetes Kämpfen und Ringen um die Verbesserung der Lebenslage unserer Berufskollegen.

* * *

Unsere erste Generalversammlung hat, wie schon aus der Tagesordnung zu ersehen, gar wichtige Aufgaben zu erledigen. Die Beratung der Anträge, womit auch dieser Verbandsstag reichlich gesegnet ist, soll diesmal sich gleich

der Berichterstattung anschließen, um diese Materie nach jeder Richtung hin einer gründlichen Erledigung zu unterziehen. Es gibt eben kein Statut, das für alle im Gewerkschaftsleben vorkommenden Fälle vollkommen zutrifft, die praktischen Erfahrungen erst sind dazu angetan, immer wieder reformierend einzutreten und auf Abänderungen hinzudrängen.

Aus den Anträgen ist zu entnehmen, daß sehr viele auf höhere Unterstützungssätze hinzuziehen. Logischerweise muß aber auch die Erhöhung der Beiträge damit im Einklang stehen. Zudem muß bei dieser Tagung als Grundsatz gelten, daß die Stärkung der Hauptklasse, die Ansammlung eines so weit wie möglich hohen Kampfsonds eine unabsehbare Notwendigkeit ist. Auf der einen Seite geben, um auf der anderen gleich wieder zu nehmen, soll nicht die Signatur der Generalversammlung sein. Bei den gegenwärtigen Organisationsbestrebungen unserer Arbeitgeber und ihrer Aussperrungstatif ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß wir gewaltige Kraftproben zu bestehen haben werden, um so mehr haben wir rechtzeitig Vorsorge zu treffen, aus eigener Kraft allen Ansprüchen zu genügen. In richtiger Erkenntnung der Verhältnisse beschloß deshalb auch der Kölner Gewerkschaftskongress:

„In Bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit und Entschlussnahme, daß wie die Führung der sozialen Kräfte die Ausgabe der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft selbst und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung aussreichend hoher Mitgliederbeiträge ist.“

Der Kongress macht es deshalb allen Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusehen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, wie auch bei der Beschlusffassung über Arbeitseinstellungen sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten.“

Wir können es deshalb nur begrüßen, daß aus einer Reihe von Filialen Anträge auf Erhöhung der Beiträge gestellt worden sind.

Besondere Beachtung verdienen auch die Anträge, die die Unterstützungen bei Streiks geregelt wissen wollen. Hier sind allein die praktischen Erfahrungen entscheidend, und wir hoffen, daß auch in diesem Falle die Generalversammlung die richtige Lösung finden wird und sich dahin ausspricht, daß künftig mehr als bisher auf die Dauer der Organisationszugehörigkeit Gewicht gelegt werden muß. Heute, wo der Organisationsgedanke alle Kreise erfaßt und für Unorganisierte keine ausschlaggebenden Entschuldigungsgründe vorhanden, darf auf diese keine Rücksicht genommen werden.

Verschiedene Anträge wollen die Frage der Einführung der Arbeitslosen- resp. Erwerbslosenunterstützung auf die Tagesordnung gelegt wissen. Durch Urabstimmung 1906 wurden zwar die vom Vorstande und Ausschuß beantragten Bestimmungen zur vorläufigen Einführung dieses Unterstützungszuweges abgelehnt, aber auch, wenn, wie mehrfach beantragt, die Beiträge um 20 % die Woche erhöht werden sollten, wird u. E. die Durchführung auf sämtliche Wintermonate eine recht zweifelhafte sein, wobei uns die weiteren Erfahrungen mit den Resultaten aus den ziemlich sorgfältigen Erhebungen verschiedener größerer Filialen nur bestärken.

Ganz besonders werden unsere Lohnkämpfe, Streiks und Aussperrungen die Delegierten beschäftigen, sind doch diese Punkte diesmal gerade von außerordentlicher Bedeutung angesichts der Erfahrungen, neuer Probleme und Chancen, die wir bei den umfassenden Kämpfen in der verflossenen Berichtsperiode gemacht haben und die darum in erster Linie dazu angetan sind, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Um so eingehender muß sich die Generalversammlung mit der Frage der Taktik bei Lohnkämpfen beschäftigen, als die Entwicklung der Arbeitgeberverbände vorgeschritten ist und nachdem uns bekannt ist, auf welchen Grundlagen sie ihre Pläne für die Zukunft aufzubauen.

In engster Beziehung mit diesen taktischen Fragen steht auch der Punkt: „Die Aufforderung und Mindestleistung in den Tarifverträgen“, der zum ersten Male unsere Generalversammlung beschäftigt.

Wie immer, wenn es sich um Fragen handelt, die den inneren Ausbau unserer Vereinigung betreffen, wird auch der Punkt „Agitation“ das besondere Interesse der Delegierten in Anspruch nehmen. Als Unterlage hierbei liegt ein wichtiger Antrag des Vorstandes vor, der einen besseren Ausbau und eine praktische Einteilung des Bezirksleiter- systems vorsieht, nachdem sich dieses von der letzten Generalversammlung eingeführte System bewährt und ohne Zweifel an dem erfreulichen weiteren Aufstieg unserer Vereinigung hervorragenden Anteil genommen hat. Die jetzige unsichere wirtschaftliche Lage all der Kollegen, die ihre ganze Kraft und Fähigkeit in den Dienst der Organisation stellen, soll eine gesicherte werden; das bisherige Verhältnis, bewährte Kollegen dem Spiel des Zufalls einer zufälligen Zusammensetzung einer Mitgliederversammlung zu überlassen, ist im Interesse der Organisation einer gründlichen Remedy zu unterziehen.

Das wären wohl die wichtigsten der zur Beratung stehenden Punkte. Ferner wird über die Durchführung und Innehaltung der vom Bundesrat für unser Gewerbe erlassenen Vorschriften eine Aussprache erfolgen und außerdem eine eingehende Beratung des zwischen unserer Vereinigung und den Brüderverbänden in Dänemark, Österreich, Schweiz, Ungarn und Serbien abgeschlossenen Kartellvertrages stattfinden. Diesem Kartellvertrag sich anzuschließen, ist nun auch die holländische und schwedische Brüderorganisation bereit, und da von sämtlichen Verbänden Vertreter anwesend sein werden, wird sich die Generalversammlung zu einer imposanten internationalen Heerschau gestalten.

Auf die verflossene Berichtsperiode kann unsere Vereinigung wieder mit berechtigtem Stolz zurückblicken, ein gewaltiges Stück Organisations- und Kulturarbeit ist in den letzten beiden Jahren wieder geleistet worden. Niemand hätte vor zehn Jahren, als der Sitz des Verbandes sein Domizil in Hamburg aufsuchte, geglaubt, daß unsere Vereinigung in dieser kurzen Spanne einen so erstaunlichen Schritt nach vorwärts machen würde. Damals noch beftrug die Aussage des „Vereins-Anzeigers“ durchschnittlich 8000, heute bereits ist die von 45 000 überschritten. Die systematische Ausklärungs- und Werbearbeit, die von den wackeren Pionieren unserer Organisation geleistet wurde, war nicht vergebens, es ging überall vorwärts, wo die Erkenntnis sich Bahn brach, daß die Organisation eine zwingende Notwendigkeit ist und das Bestreben auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse damit Hand in Hand ging.

Unsere ersten Generalversammlungen liegen es darum ob, wieder ein tüchtiges Stück Arbeit zur inneren Kräftigung unserer Vereinigung und ihrer Gestaltung nach außen beizutragen. Diese Aufgabe ist der Kernpunkt bei den dies-

malignen Beratungen, und wir haben die feste Überzeugung, daß alle Delegierten von dem Gedanken beseelt sind, die Kraft und Widerstandsfähigkeit der Organisation zu heben und unsere Einigkeit zu stärken im Interesse aller.

Herzlichen Gruß daher unseren Delegierten und den Vertretern unserer ausländischen Brüderorganisationen, die zu einer Arbeit zusammenkommen im Gewerkschaftshaus zu Leipzig!

Das Experiment der großen Abrechnung

soll nun auch in unserem Gewerbe vorgenommen werden und als Versuchsbereich haben sich die Vereinigungen des Rheinland-Westfalen ausgesucht. Hat man doch bereits in anderen Branchen mit dem im voraus verbindeten "Niederdrücken" begonnen, warum sollten sich da die Maler- und Anstreichermeister unter Führung einiger Schurken, die bekanntlich nicht zu riskieren haben, in den Hintergrund stellen. Vor zwei Jahren schon fasste eine von zirka 60 Mann besetzte Versammlung der Cölner Anstreicherinnung unter Führung ihres berüchtigten vom Größenwahn besessenen Obermeisters den Beschluss, im Herbst desselben Jahres alle organisierten Gehülfen auszusperrn. Der Plan schien ja, wie unseren Kollegen noch wohlbekannt ist, an der Einheit fast aller wirklichen Arbeitgeber vollständig und mit Recht voran zu treten. Doch organisierte Meister das Unternehmen einen Faschingskrieg, wie er auch nur von einem "Carnevalsobermeister" zu erwarten war.

Doch nun scheint eine Wendung eingetreten zu sein, die charakteristisch ist für ein kurzfristiges Kleinmettertum in seiner Großmannschaft, kapitalistische Schärfmacherallüren nachzujagen, den Ausvergängen auf ein so notorisches Kleinhandwerk wie das unserer zu übertragen. Wiederum ist es in Rheinland, wo Innungsmeister vom Größenwahn besessen sind. In Aachen vertraten plötzlich die Maler- und Anstreichermeister aus, während man noch in Verhandlungen stand. In Düsseldorf folgte man bald nach, nachdem der Ortsvorstand des dortigen Arbeitgeberverbandes es abgelehnt hatte, mit dem Gewerbeverein über Tarife etc. in Verhandlungen zu treten. Das bei solchem Vorgehen es an brutalem Unternehmerterrorismus und strafbarem Expressionsversuchen nicht fehlte, zeigte sich auch hier; den Kollegen mutete man zu folgenden Witz zu unterstreichen:

"Der . . . verpflichtet sich, weder dem Verbande der freien Gewerkschaften noch der christlichen Gewerkschaft anzugehören, auch diese Organisationen werden moralisch noch finanziell zu unterstützen."

Nun mehr hielt es der "Arbeitgeberverband für das Maler-, Anstreicher- u. verw. Gewerbe in Rheinland und Westfalen" an der Zeit, in Aktion zu treten und eine Machtprobe zu inszenieren. Am Sonntag den 24. März hielt er gemeinsam mit dem Innungsverband für das Maler- und Anstreicherhandwerk von Rheinland-Westfalen zu Düsseldorf eine Versammlung ab. Es war von 150 Vertretern sämtlicher Ortsverbände und Innungen besucht und fachte einstimmig folgenden Beschluß:

"Unter allen Umständen ist bis Dienstag, den 26. März in allen Ortsverbänden Beschluss zu fassen, daß die Lohnforderungen und der Streik durch Tarifbeschlüsse spätestens bis Samstag dieser Woche zu erledigen sind. Ferner ist in dieser Versammlung sofort der betreffende Tarif auszuarbeiten und der Gehülfenschaft unverzüglich zur Unterschrift vorzulegen. Sollte die Anerkennung bezw. die Unterschrift des Tarifs, welche bis Samstag 12 Uhr mittags zu erfolgen hat, vor der organisierten Gehülfenschaft verhindert werden, so ist die Geschäftsstelle Barmen bis 2 Uhr nachts die graphische Nachricht zu geben. Falls es am Dienstag im Bezirk die Unterschrift verweigert wird, so verlasse am dritten Tage nach Ostern, Mittwoch, den 3. April, sämtliche organisierten Gehülfen im ganzen rheinisch-westfälischen Verbaubezirk ausgesperrt".

Demnach ist uns in der rücksichtlosesten Weise der Kampf aufgezwungen. Die Herren Schärfmacher wollen gar keine Verhandlungen, nur ihrem Befehl: entweder Angebot annehmen oder Aussperrung — soll sich die gesamte Gehülfenschaft von Rheinland-Westfalen folgen und damit basten.

Der uns aufgezwungene Kampf muß nun auch bis zum letzten Ende durchgeführt werden. Wir haben, daß seit hiermit festgestellt, unter solchen Umständen nunmehr auch keine Rücksicht mehr zu nehmen. Die Herren wollen den Kampf, sie sollen ihn haben mit all seinen Begleiterscheinungen; wir fühlen uns jeglicher Verpflichtung auf die Hebung des Vermöses entbunden. Sie sollen aber auch an dieser Machtprobe erkennen lernen, daß man in einem Kleingewerbe, wo neunzehntel der Meister genau wie die Gehülfen von der Hand in den Mund leben, nicht ungestraft kapitalistische Experimente versucht, gleich den brutalen, alles niedertretenden Herrenmenschen in der Industrie. —

Für die gesamte Kollegenschaft unseres Berufes ist dies Unternehmertum der letzte Appell zum gemeinsamen festen Zusammenschluß. Wir werden siegen, wenn wir uns auf die Disziplin, auf die Treue und Opferwilligkeit der Kollegen festenfest verlassen können! Ruhig und siegesbewußt nehmen wir darum den uns aufgezwungenen Kampf auf, wir müssen und werden das brutale, kühnliche Ausbeutertum zu Boden zu bringen, durch unsere Begeisterung und unsere Opferfreudigkeit, die vor keinem Kampfe zurückt!

Nach Rheinland und Westfalen ist leglicher Zugang strengstens fernzuhalten.

Ein Verrat vor excellenz.

In Danzig und Umgegend stehen bekanntlich unsere Kollegen, weil der alte Tarifvertrag am 31. März d. J. ausgelaufen ist, zur Erringung eines neuen Tarifs in der Lohnbewegung. Nachdem unsere Kollegen ihren Tarif ausgearbeitet und ihn dem Arbeitgeberverband unterbreitet hatten, konnten eine Hand voll Sonderbündler es nicht über ihr Herz bringen, auch ihre Visitenkarte bei dem Arbeitgeberverband abzugeben. Aber dazu noch in

welcher Form? Die in unserer Filiale organisierten Kollegen verlangen in ihren Grundforderungen 9½ Stunden Arbeitszeit, 55,- Pf. Minimallohn für Gehülfen, 50,- Pf. Minimum für Zungengehilfen, für Ausreicher 48,- Pf. pro Stunde, 2jährige Tarifdauer und mehrere Nebenforderungen, die durchausführen unbedingt notwendig sind, um ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu schaffen.

Den Tarif unserer Kollegen als Unterlage benutzend, traten in Danzig die Hirsch-Duncker'sche Gewerbevereinler als Schmutzkonkurrenten auf und gingen in allen Positionen mit geringeren Forderungen vor. So fordern sie unter anderem 2jährige Vertragsdauer, 9½ Stunden Arbeitszeit, für Gehülfen im ersten Vertragsjahr 50,- Pf., im zweiten 53,- Pf., im dritten 55,- Pf. pro Stunde. Für Ausreicher im ersten Vertragsjahr 42,- Pf., im zweiten 45,- Pf., im dritten 47,- Pf. pro Stunde.

Noch schmieriger zeigen sich aber die sogenannten "Christlichen" im Vorort Boppo. Die Kollegen Deutschlands werden sich entsinnen, daß dort im Frühjahr 1906 unsere Kollegen einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatten, indem sie geschlossen zu unserer Organisation hielten und die aufgestellten Forderungen auch geschlossen mit einer zweitägigen Arbeitsniederlegung durchdrückten. Diesmal, wo es gilt, Danzig und die gesamten Vororte zu einem Lohn- und Arbeitszeitgebiet zu vereinigen, kommen einige Brüder unter dem Mantel der "christlichen Nächsterliebe" gehüllt her, und stellen auch Sonderforderungen. Sehen wir uns also einmal kurz diese "christliche" Tarifforderung an. Es wird von ihnen 9½ Stunden Arbeitszeit und für Gehülfen 45,- Pf. und für Ausreicher 40,- Pf. pro Stunde gefordert.

Eine derartige Niedertracht und hinterlistige Verkommenheit ist bisher in Danzig unter der Kollegenschaft noch nicht zu verzeichnen gewesen. Dieser Schurkenstreit muß daher der Geschichte der Arbeiterbewegung überliefern werden.

Das Hirsch-Duncker'sche Gesindel hat nebenbei die Absicht ausgeschrieben, daß, wenn die Arbeitgeber mit ihnen einen Tarif abschließen, sie dann — ganz gleich ob es zur Aussperrung oder zum Streik kommt — weiter arbeiten und für Zugang aus anderen Städten Sorge tragen wollen!!! Die Boppoter "Christlichen" haben schon hinter dem Rücken unserer Kollegen in ihrer Felle durch ihre Führer verkauft lassen!!!

Trotz dieses weitgehenden verräterischen Angebots haben die Arbeitgeber aber doch Verhandlungen mit der Lohnkommission unserer Filiale angeknüpft. Sie lassen sich hoffentlich nicht so duplizieren, wie voriges Jahr die Meister in Mannheim-Ludwigshafen, die auf das Geschehen der Sonderbündler eingingen, zum Schlus aber wahrnahmen müssten, daß dahinter eine lächerlich geringe Zahl von Gehülfen stand. Wenn die erste Verhandlung auch noch nicht zum Ende führte, so wurde aber doch in der — nachdem der Vertreter unserer Lohnkommission erklärt hatte, daß er von dem Treiben der Sonderbündler unterrichtet sei — betont, daß es für beide Teile von Nutzen wäre, wenn zwischen dem Arbeitgeberverband und unserer Vereinigung, der ¼ aller beschäftigten Gehülfen angehören, ein Vertrag auf friedlichem Wege zu stande käme. Damit wurde vor der Hand dokumentiert, daß selbst die Arbeitgeber das Angebot der Handlangerdiene der verräterischen Klasse ekelserregend angewert hat.

Unsere Danziger Kollegen werden aber dafür Sorge tragen, daß die Namen dieser Sippen nicht in den Himmel wachsen. Kollegen, mit allen gesetzlichen Mitteln die Agitation allerorts aufgenommen und die Kollegen über das Wesen dieser Untertreiber aufzuklären. Die zurücksendenden Kollegen müssen für unsere Organisation gewonnen werden! Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitgeber sich nicht in mehrere Verbände organisiert haben. Nur über sie liege die 1906 geschaffene Sonderbündlerorganisation auf, die in der Sache der Arbeitgeber zu erläutern. Bezug auf die Arbeitgeber, das Angebot der Handlangerdiene dieser Klasse ekelserregend angewert hat.

Zugang ist fernzuhalten nach sämtlichen Orten in Rheinland und Westfalen.

Ferner nach Auerbach-Bensheim (Hessen), Bad Brückenau, Colmar, Eisenach, Neustadt a. H., Nordhausen, Stuttgart-Cannstatt, Swinemünde.

— In Nordhausen wurden am 2. April die Kollegen ausgesperrt.

— Eisenach. Nachdem wir hier am 25. März die Arbeit niedergelegt, erhielten wir von unseren Herren Arbeitgebern tags darauf eine Aufforderung zur weiteren Verhandlung. Die Meister haben sich in ihrem Beschluss, den Minimallohn strikt abzulehnen, so festgelegt, daß ihnen jetzt das Einkommen recht schwer wird. Umsomehr, als die Innungshelden es verstanden haben, ihre Kollegen unter dem Hinweis auf die nötige Preiserhöhung festzulegen. Manchem wird es ja wohl damals selbst nicht so ganz klar gewesen sein, wo eigentlich die Reise hingehört.

In der Verhandlung standen die Meister noch auf ihrem Standpunkt, Minimallöhne überhaupt abzulehnen. Auch eine zweite, am Sonnabend stattgefunden Verhandlung hatte, trotz unseres Vorschlags, uns in diesem Jahre mit den Minimallöhnen von 88, 40 und 43,- Pf. zufrieden zu geben, wenn für nächstes Jahr eine Erhöhung von je 3,- Pf. tariflich festgelegt würde, kein anderes Ergebnis. Die Arbeitgeber glaubten eben, durch ihr eigenmütiges Verharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt uns zum Nachgeben zwingen zu können. Doch halten wir ebenso an unserer Forderung des Minimallöhnes fest und werden uns davon auch nicht abringen lassen. Der Geist der Kollegen ist ein guter. Streikbrecher aus unseren Reihen haben wir nicht zu verzeihen und hoffen wir dies auch für die Zukunft nicht. Solche von auswärts heranziehen, ist unserer Gegner bis jetzt auch nicht gelungen. Die jetzt noch in Arbeit stehenden Kollegen sind entweder Meisterlöher oder halbierte Innungslöher bis auf zwei, die vorzüglich vorher in Gehalt engagiert wurden.

Von dem in den Streik eingetretenen Kollegen sind etwa 10 bereits im Laufe der vorigen Woche abgereist und eingeschoben werden nächste Woche folgen. Wir haben es daher umso weniger nötig, nachzugeben, da jetzt eine der außerhalb der Innung stehende Firma unsere Forderungen

durch Unterschrift anerkannt 13 Firmen hatten dies schon vor Eintritt in den Ausstand getan und nach Ostern wird bei dieser Firma die Arbeit wieder aufgenommen.

Daran Kollegen sieht fest, lasse sich keiner durch etwaige verlockende Angebote irremachen. Jetzt aber wie nun es uns gelingen, auch hier ein festes Tarifverhältnis zu schaffen. Lange genug haben die Kollegen unter der bestehenden Unsicherheit zu leiden gehabt.

= Hagen. Der alte Tarif ist gekündigt, ein neuer Tarif ist den Unternehmern unterbreitet worden. Als Hauptpunkte kommen in Betracht: 9½ Stunden Arbeitszeit, Mindestlohn für Gehülfen über 20 Jahre 50,- Pf., unter 20 Jahre 45,- Pf. Die eingegangene Antwort lebt dahin, daß sie erst beim Hauptverband anstreben müssen, ob sie mit uns in Verhandlungen eintreten dürfen. Es wurde im vorigen Jahre beim Streik schon großes Geschrei gemacht von den Unternehmern, daß sie Herr in ihrem eigenen Hause sein wollen. Wer will denn nun Herr im Hause des Unternehmers sein? Wir verlangen doch nur für unsere Arbeitsträger eine dementsprechende Entschädigung, daß wir ein anständiges Dasein fristen können. Über obige Antwort besagt klipp und klar, daß nicht wir sind, sondern der Hauptvorstand des rheinisch-westphälischen Arbeitgeberverbandes es ist, der Herr im Hause des einzelnen Unternehmers sein will. Bereits erheben auch schon einige Meister ein großes Geschrei, die Gehülfen wollen streiken. Nun, wir wollen keinen Kampf, was wir in unserem Begeistertheit ausdrücklich betont haben; wir sind zu jeder Zeit bereit, in Unterhandlungen einzutreten. Warten wir also ab, was da kommen wird. Man sieht ja, wie sie in den andern Orten Rheinlands und Westfalens machen. Und man sieht ja auch in Nr. 12 unseres "B.-A.", welche Parole der Hauptvorstand aufgegeben hat. Das, was den Kollegen vor Augen geführt wird, muß doch jeden Kollegen endlich mal aus seinem Winter schlaf aufrütteln. Habt ihr es doch zur Genüge bewiesen, daß der Tarif einstimmig gekündigt wurde, daß ihr mit den jungen Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht zufrieden seid. Es ist aber nicht damit getan, daß der alte Tarif gekündigt und ein neuer verbesselter Tarif den Unternehmern unterbreitet worden ist. Jedes Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, in den Mitgliederveranstaltungen zu erscheinen. Nur dort kann ihnen die nötige Aufklärung gegeben werden. Auf die ewigen Versprechungen so vieler Kollegen können wir nichts geben. Nur wer Mitglied unserer Organisation ist, kommt als Kämpfer in Betracht. Darum, Kollegen, agiert und werbet neue Mitglieder! Ferner habt acht auf den Beschluß, der am 24. März zu Düsseldorf vom Vertretertag des Unternehmerverbandes und des Innungsverbandes für das Maler- und Anstreichergewerbe gefaßt wurde. Es heißt dort augenzwinkernd: "Falls die Unterschrift in auch nur einem einzigen Bezirk verliegt wird, werden am zweiten Tage nach Ostern, also am Mittwoch den 3. April, sämtliche organisierten Gehülfen im ganzen Verbandsbezirk ausgesperrt. Da aber unser Tarif erst am 18. Mai abläuft, so fordert der Vertretertag die Ortsverbände zum Tarifbruch auf. — Seid auf der Hut, darum, Kollegen, schließt euch fest zusammen und wahrt eiserne Disziplin!"

= Hochheim b. Mainz. Nachdem erst vor einem halben Jahre hier eine Zählstelle der Filiale Mainz gegründet wurde, gelang es doch schon der Organisation, dieser Lage für die hiesigen Kollegen einen sehr günstigen Lohntarif zu erläutern. Bringen im Jahre 1906 vor der Gründung der Zählstelle, die Stundenlöhne noch 39-40,- Pf. bei 11stündiger Arbeitszeit, so war es möglich, für das Jahr 1907 einen Stundenlohn von 45,- Pf. und von 1908 ab 1. April von 47,- Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit tariflich festzulegen. Obwohl die hiesigen Kollegen, mit Ausnahme von zweien, alle organisiert sind, gilt es nun, der Organisation treu zu bleiben, dieselbe auszubauen, um dann auch die Erfolge hochzuhalten.

= Siegen. In der am 29. März stattgefundenen Verhandlung, die von Vorstehern des Kreisgewerbevereins abgehalten wurde, um eine Einigung zu erzielen, erzielte der Tarif 41 und 48,- Pf. pro Stunde.

= Für Bielefeld, Mo. u. S. Bielefelder u. H. wurde wieder ein Tarif abgeschlossen, der am 20. März in Kraft trat.

= In Pforzheim kam ein neuer Tarif zum Abschluß, der am 1. April in Gültigkeit trat.

= Frankfurt a. M. In einer von 1800 Kollegen besuchten, nachmittags 4 Uhr stattgefundenen Versammlung nahmen die Kollegen das Angebot der Arbeitgeber: 41,- Pf. Mindestlohn für Gehülfen unter 21 Jahren und 52,- Pf. für Gehülfen über 21 Jahre, mit Beibehaltung der bisherigen 9½stündigen Arbeitszeit, entgegen. Außer dieser kleinen "Erwerbszulage" von 3,- Pf. pro Stunde haben die Arbeitgeber auch einige Verschlechterungen in dem von ihnen aufgestellten Vertrag beantragt. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll nunmehr nur noch bis 12 Uhr gearbeitet werden und hierfür nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt werden. Bisher wurden bei einer Arbeitszeit bis 12 Uhr 6 Stunden und bis 4 Uhr 4½ Stunden bezahlt. Ferner soll in Zukunft das Umkleiden und die dazu erforderlichen Vorbereitungen vor Beginn nach Schluss der Arbeitszeit erfolgen. Der Vertrag selbst soll nur auf 1 Jahr, also bis 1. April 1908, abgeschlossen werden.

Die Diskussion über den von Kollegen Zimmermann erstatteten Bericht war eine äußerst lebhafte; schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Versammlung erläutert in dem Angebot der Arbeitgeber durchaus keine befriedigende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie hat die Verkürzung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse in unserem Berufe für durchaus notwendig und die Erhöhung des Mindestlohnes um 3,- Pf. pro Stunde nicht für ausreichend, um der fortgelebten Versteuerung aller Lebensmittel und Bedarfssatzel Rechnung tragen zu können. Von dieser Erwägung ausgehend, lehnt die Versammlung den von den Arbeitgebern aufgestellten Lohntarif ab und erklärt sich durch die Kommission bereit, auf der Grundlage eines Mindestlohnes von 55,- Pf. für das Jahr 1907 und 57,- Pf. für 1908 bei 9½stündiger Arbeitszeit, in weitere Verhandlungen einzutreten."

Den Arbeitgebern wurde sofort Kenntnis von diesem Beschluß gegeben und nahm eine am 25. März stattgefundenen Versammlung derselben bereit. Stellung dazu, deren Resultat sich aus folgendem Schreiben ergibt:

Frankfurt a. M., 28. März 1907.

Um den Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer und Webzöpfler zu Frankfurt a. M.

Die am 25. März verabschiedeten Mitglieder der Freien Vereinigung der Maler-, Webzöpfler- und

Baderer-Meister nahmen Kenntnis von dem von Ihnen zugesandten Tarif-Vertrag.

Da es nun bei jetziger Geschäftslage unmöglich ist, den Minimo hohen höher als 3 % aufzubessern, so lehnte die Versammlung einstimmig den Tarifvertrag ab.

Alsdann beschloß die Versammlung einstimmig, an unserem Ihnen überhandten neuen Vertrag festzuhalten, mit der Bestimmung, daß derselbe am 1. April d. J. in Kraft tritt.

Sollte Ihrerseits jedoch bis dahin keine Zusatz erfolgen, so ziehen wir unseren neuen Tarifvertrag zurück und bleibt der alte für das Jahr 1907 in Kraft.

Da durch obigen Beschluß eine andere Regelung nicht herbeigeführt werden kann, es sei denn, daß Sie unserem Tarifvertrag zustimmen, so müssen wir davon Abstand nehmen, in weitere Verhandlungen mit der Tarifkommission der Gehilfen einzutreten.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Maler-, Weißbinder- und Lackierer-Meister zu Frankfurt a. M.

Ortsgruppe des

Süddeutschen Maler-Meister-Verbandes.

J. A. Fr. Adolf Eichner.

Man wollte also von den Arbeitgebern keine weiteren Verhandlungen haben, sondern verlangte einfach Annahme des Angebots und droht bei Nichtannehme, den alten Tarif als rechtskräftig weiter bestehen zu lassen. Doch zur Einhaltung und Abschließung eines Tarifs gehören immer noch zwei Kontrahenten, also kann der alte Tarif ohne unsere Zustimmung auch für uns keine Verbindlichkeit haben.

Die Arbeitgeber wollten offenbar den Streit am 1. April haben und hatten hierfür bereits alle Maßnahmen getroffen. Besonders das Publikum und die Kundschaft ist durch den seit Wochen von den Arbeitgebern in Sicht gehaltenen Streit zur Zurückhaltung der Arbeiten veranlaßt worden und so ist augenscheinlich künftig eine ungünstige Geschäftslage geschaffen worden. Doch die Mitglieder der Organisation sind heute bereits so weit geschult, daß sie nicht einen Kampf aufnehmen, wenn es dem Arbeitgeber vielleicht genehm ist, sondern werden den günstigen Zeitpunkt nach ihrem Ermessen wählen. Sollten die Arbeitgeber sich nicht noch bestimmen und bis Verhandlungen fortsetzen, so gehen wir jedenfalls bewegten Seiten entgegen und die Arbeitgeber werden wohl erfahren müssen, daß eine tariflose Zeit oder ein nur einzeitig festgesetzter Vertrag ganz bedeutende Schattenseiten aufzuweisen hat.

— Auf der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen sind am 28. März sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Unter den Ausgesperrten befinden sich auch 34 Schiffsmaler.

— Sagan-Sprottau. Auch eine „Aussperrung“ leisteten sich auf Beschluß des Innungs-Vorstandes der Zwangsinnung zu Sagan-Sprottau drei Arbeitgeber aus Sagan. Am 28. März wurde unsern acht bei diesen drei Firmen arbeitenden Kollegen folgender denktüdige Stevers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich Einbesitzerzehnter bescheinige hiermit, daß ich der, für die Kreise Sagan-Sprottau bestehenden Organisation der Maler-gehilfen und Kunstreicher fernstehe, z. f. den Fall meiner bisherigen Mitgliedschaft hiermit meinen Muster aus obengenannten Organisation erläutre. Im Falle ich mein Vertrachten nicht halte, ist der Arbeitgeber berechtigt, von dem nächsten Lohn Markt 10.— abzuziehen und dieselben an die Stadt-Armenkasse zu zahlen.“
..... den 28. März 1907.

Der Arbeitnehmer.“

Wer wagt es, hier zu behaupten, daß die Herren „Vorstandsmitglieder“ nicht auf der „Höhe der Zeit“ stehen. Um uns aber nicht den Vorwurf machen zu lassen, daß wir den „Müh“ dieses Innungs-Vorstandes schmälern wollen, soll auch das Tütular, welches zusammen mit dem vorstehenden Stevers an die Innungsmitglieder verständigt wurde, der Differenzlichkeit übergeben werden. Es lautet:

Maler- und Lackierer-Zwangsinning zu Sagan.
„Antwortlich auf das an obengenannte Innung von den organisierten Maler-gehilfen und Kunstreichern der Kreise Sagan-Sprottau gerichtete Anschreiben wurde vom Vorstand unter dem heutigen Datum beschlossen, am Sonnabend den 23. März 1907 sämtliche Maler-gehilfen und Kunstreicher des obengenannten Innungsbereites, welche der dorthin Organisation angehören, auszusperren und nicht eher einzustellen, bis selbige den glaubhaften Nachweis erbracht haben, daß dieselben aus der Organisation ausgeschieden sind. Wer von heute ab die anbetragte Erklärung abgibt, aus obengenannter Organisation auszutreten, verbleibt auch fernerhin unter den alten Bedingungen in Arbeit.“
den 19. März 1907.

Mit diesem Anschreiben ist unser Tarif, den wir mit einem sehr höflich gehaltenen Begleitschreiben am 7. März der Innung zufanden, als Antwort auf unseren eingebrachten Tarif beantwortet worden und sollte nun die Aussperrung sämtlicher Maler-gehilfen und Kunstreicher erfolgen. Aber die Herren Vorstandsmitglieder haben sich arg verrechnet; nur 8 Meister sind auf den Leim gehüpft und haben, wie schon eingangs erwähnt, ihre Arbeiter entlassen. 16 unserer Mitglieder stehen in Arbeit und denen ihre Arbeitgeber gar nicht daran, diesen Aussperrungsrummel mitzumachen, den die Vorstandsmitglieder der ganz allein ohne die Mitglieder zu bestreiten, inszeniert haben. Es ist charakteristisch, daß der Inhaber eines der ältesten und größten Geschäfte von Sagan erklärte: „Es ist absolut gar nichts dagegen einzutwenden, wenn auch die Maler-gehilfen dieselbe Arbeitszeit wie die Maurer und Zimmerer verlangen, und gegen die Aufbesserung des Lohnes um circa 18 Groschen pro Woche seit zehn Jahren wird doch kein vernünftiger Mensch etwas einzubringen haben.“ Und in der Tat sind unsere Kollegen sehr bescheiden gewesen, denn sie fordern nur 8 % für ältere, 8 % für Junggehilfen und 8 % für Kunstreicher bei zehnstündiger Arbeitszeit. Nur wer die Beziehungen in der hiesigen „Zwangsinning“ näher kennt, wird diese ungünstige Handlungswelt des Vorstandes zu verstehen wissen. Die Mitglieder des Vorstandes sind beschäftigt nur ab und zu mal einen Mann auf kurze Zeit, einige beschäftigen überhaupt keine Leute. Unstatt daß nun diese Herren, wenn sie als Vorstand einer Zwangsinning ihre Pflicht tun wollen, es verabschieden, mit der Gehilfenschaft die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, indem sie eine Versprechung mit dem

Gehilfenausschuß herbeiführen — was ihnen ja das Handwerksgefecht zur Pflicht macht — beschlossen sie die Aussperrung, die sie eigentlich gar nichts angeht, da sie ja keine Leute beschäftigen.

Ganz drei Mann haben sich noch zu ihrer Gefolgschaft bekannt, die Mehrzahl der Mitglieder will, wie es scheint, von „dieser Innung“ überhaupt nichts wissen. Die treibende Kraft im Innungs-Vorstand ist nun nicht etwa der Obermeister, der sitzt still daneben und läßt seinen „Bize“ alles machen. So hat dieser Herr sich auch kurz vor der „Aussperrung“ gebrüstet, daß er die Maler-gehilfen schon firre tragen werde, „die werden noch aus der Hand fressen“. Auch sucht gerade dieser Herr die Wahl des Gehilfenausschusses zu vereiteln. Schon seit gestriner Zeit hielten kein Gehilfenausschuß, und als im September vorigen Jahres ein diesbezüglicher Antrag bei der Innung gestellt wurde, ging erst eine Antwort des Obermeisters ein, daß die Wahl sofort vorgenommen werden könne. Dann hatte der Vorstand eine Sitzung und gleich war etwas entdeckt. Unser Kollege erhielt die Mitteilung, daß der Antrag auf Wahl des Ausschusses nicht an den „Vorstand“, sondern nur an den Obermeister abreicht war und deshalb noch einmal wiederholt werden müsse. Dieses wurde nun auch tatsächlich gesetzt. Wieder vergingen einige Wochen, als ein Schreiben eingang, daß die Gehilfen erst ihren Antrag auf Wahl des Gehilfenausschusses von zwei Dritteln (1) der Gehilfenschaft unterschrieben lassen müssen, bevor eine Versammlung dazu einberufen werden könne. Leider haben unsere Kollegen auch dieses ganz ungebührliche Verlangen bestellt. Dann endlich war zum 25. März eine Versammlung eingetragen, und als die Wahl erfolgt war, sollte sich der Gehilfenausschuß gleich in Gegenwart der Arbeitgeber konstituieren. Als dieses geschahen war, fragte der „Macher“ des Vorstandes, ob das Protokoll auch vom Schriftführer selber geschrieben sei. Da dieses verneint wurde, dabei betonten, daß der Schriftführer fort müsse, sonst läuft er heute abend gar nicht mehr nach Sprottau (die Versammlung war in Sagan), da war es wieder dieser Herr, der dies nicht gelten ließ und es so darstellte, als wenn nun alles ungültig sei.

Dieses alles passiert nun in einer „Zwangsinning“. Es wäre doch wirklich angebracht, wenn die Aussichtsbehörde sich um derartige Innungen etwas mehr bemühten würde. Man sollte meinen, daß eine Zwangsinning überhaupt jahrelang ohne Wirkung eines Gehilfenausschusses nicht existieren dürfe. Kurz, dieses Verhalten des Vorstandes magte nur angeführt werden, um diese Leute richtig zu charakterisieren, die jetzt eine „Aussperrung“ machen und sich zu machen, darüber zu befinden, ob der Arbeitgeber sich organisieren darf oder nicht.

Die richtige Bezeichnung für eine derartige Handlungswelt werden die Leute schon selber finden, die können wir uns an dieser Stelle wohl sparen. Selbstverständlich müssen die Kollegen vorsichtig Sagan meiden.

Aus unserem Berufe.

+ Scharfmacherrache. In Emden haben die Herren Scharfmacher von dem Arbeitgeberverband nunmehr ihren Willen durchgesetzt und können triumphieren, daß ihnen dieses gelungen ist. Ein Sprichwort sagt: „Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen“ oder ganz besonders diejenigen, welche aus freien Studien die Ausländer nach Preußen-Deutschland kommen. Denn im anderen Falle, wenn sie durch Vorstiegeln falscher Sachen von den Scharfmachern, die ja allein noch tonangebend sind, hierher gelockt werden, dann werden sie seitens der Polizeiorgane nach allen Seiten hin bewacht, daß ihnen ja kein Leid geschieht, ja, sie können sich in solchen Fällen als „Außenseiter“ Dinge erleben, womit jeder andere Scharfmacher sich ständig machen will. Am anderen Ende der Welt ist es ebenso in Deutschland im Osten, wo es ebenfalls eine Rache ist im Osten, wo es eben jeden Tag zu Rache kommt, wenn es sich auch bewußt ist, daß es ja nichts hat zu schulden können lassen, muß er sich diesen Anordnungen fügen. Bei unserer vorjährigen Lohnbewegung ist dieses so klar aufgetreten, indem die aus Holland herangezogenen Streitbrecher stundenweit per Omnibus nach der Stadt Emden befördert wurden, wozu auf dem Bus zwei Schuhleute, im Wagen das Gleiche und hinterher noch berittene Gendarme. Als sich ein seit Jahren dort ansässiger Fensterputzer nur erlaubte, die meiste aus Unwissenheit nach Emden gelockt worden Maler-gehilfen darüber aufzulässt, daß die hiesigen Gehilfen sich im Streit befänden, da trat der Magistrat sofort ein und der betreffende Arbeiter erhielt den Befehl, innerhalb drei Tagen mit seiner Familie die Stadt zu verlassen und von Rechts wegen preußischen Boden nicht wieder zu betreten. Damit war die Nachricht dieser Scharfmacher noch nicht zufrieden gestellt; aus Anger dafür, daß sie der Malerinnung 1000 Mark Unterstützung gehörten, um die Bildfläche verschwinden zu lassen und die Meister schließlich doch nach schwäbischen Kampf mit uns einen Tarif abzuschließen, haben sie fortgesetzt auf Befriedigung ihres Nachdurstes hingearbeitet, was ihnen endlich auch gelungen ist. Unter früherer Bevollmächtigte Kollege Liner erhielt nachstehenden Bescheid:

Emden, den 21. 1. 07.

Wir haben beschlossen, Sie als lästigen Ausländer aus dem preußischen Staatsgebiet auszuweisen.

Wir geben Ihnen daher hiermit auf, binnen 24 Stunden, von Beftellung dieser Verfügung an gerechnet, hiesige Stadt und sodann das preußische Staatsgebiet zu verlassen.

Kommen Sie dieser Verfügung nicht nach, dann haben Sie Ihre Ausweisung mittels Zwangstransportis zu gewärtigen. Gleichzeitig weisen wir Sie darauf hin, daß derjenige, welcher nachdem er des Landes verwiesen, ohne Erlaubnis zurückkehrt, nach § 861 Biff 2 des M. Str. G. V. mit Haft bestraft wird.

Der Magistrat der Stadt Emden.
(Name unleserlich.)

Am 28. Januar hat man unsern treuen Kollegen beim Mittagessen verhaftet, recht eingehend erhalten wir heute von ihm einen Bericht über seine tägige Rettung und über die ihm zu Tell gewordene Behandlung. Fest ist er wieder in dem Lande, wo einst Wilhelm Tell schon für Freiheit und Recht gekämpft hat und wir sind nicht im Zweifel, daß er auch dort im gleichen Sinne wirken wird, wie er es bisher in dem „gasfreundlichen“ Preußen-Deutschland getan hat.

Wenn aber die Scharfmacher hier am Orte, denen sich auch die Malermeister unterstellt haben, glauben, durch

ein derartig rigoroses Vorgehen den Organisationsgedanken zu ersticken, so werden sie bald wahrnehmen müssen, daß sie dadurch nur das Gegenteil erreicht haben. Es werden auch denen, die uns noch fernsehen, die Augen geöffnet und unsere Kollegen werden ohne Ausnahme fest und fest sich zusammenziehen und für den weiteren Ausbau unserer Organisation Sorge tragen.

Halberstadt. (Situationsbericht.) Unsere vorjährige Lohnbewegung ist nicht nach unseren Erwartungen verlaufen. Warum, wollen wir endlich dahingestellt sein lassen. Seither haben wir seitdem einen starken Mitgliederverlust zu verzeichnen. Die dem Arbeitgeberverband angehörenden Meister haben sich bei Sache von 100 % verpflichtet, die Kollegen, die während des Streits für sich oder bei Nichtverbauern gearbeitet haben, nicht wieder einzustellen. Es sind lauter ältere, verheiratete Kollegen, die davon betroffen werden. Da nur die Konjunktur dieses Jahr nicht so gut ist wie sonst, können wir die Arbeitgeber ihren Verdienst am eindringlich fühlen lassen. Viele Kollegen haben nun den Altvater verloren und sie streichen lassen. Diese haben ein Hindernis in unserer Agitation, weil sie auf die jüngeren Kollegen einen unablässlichen Druck ausüben. Auch der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Kollegen! So kann das nicht weiter gehen. Ihr kommt nicht dem Vorstand die ganze Arbeit überlassen. Es muß ein jeder Hand anlegen, denkt doch an die Mißstände, die hier noch herrschen. Der Tarif wird ganz mangelsmäßig eingehalten. Es gibt sehr selten Pauschalz auf Sonntags- oder Feiertagsarbeiten und Nebentätigkeiten. Ebenso die Bleiweissorschisten. Wer bekommt denn Seife und Handtuch geleistet, von Vätern ganz zu schweigen? Leider wenige. Der Bauarbeiter schafft leicht noch viel zu wünschen übrig. Und Sonnabends kann man froh sein, wenn man sein Geld hat. Das Kleinstmeisterum, das sich so nach und nach gebildet hat, ist auch nicht dazu angekommen, unsere Verhältnisse zu verbessern. Wir müssen schon wollen, daß Preisdrucker wieder herauschinden. Durch Ihre Preisliste ist unser Gewerbe ganz auf den Hund getötet. Ihre einzige Rettung sehen sie im Arbeitgeberverband, der soll die frechen und begehrlichen Gehilfen zur Staaten bringen. Bei Submissions ist es immer ein Schauspiel für Götter, wenn diejenigen, die nichts abgekriegt haben, ihrem Meister so recht freien Lauf lassen. Es denunziert dann immer mehr wie der andere. Und diese läubere Geellschaft will dem Handwerk den „goldenen Boden“ wieder geben und den Mittelstand heben? Ja, das kann nur geschehen, wenn sie bessere Preise fordern; dann sollte der Arbeitgeberverband geschaffen sein. Auch die Gehilfen müssen besser entlohnt werden; denn eine schlecht bezahlte Arbeiterschaft kann dem Mittelstand nicht unter die Arme greifen. Kollegen! Wir müssen uns selbst helfen. Nur eine stramme Organisation kann diese Nöte beenden. Darum hinweg mit der Schlafmütze! Es tut ein jeder seine Pflicht! Das Vierteljahrblattler ist eines aufgelaufen. Kollegen nicht würdig. Mache es sich jeder zur Aufgabe, noch einen oder zwei Kollegen mit in die Versammlung zu bringen! Benutze ein jeder die Gewerkschaftsbibliothek, Aufklärung tut noch vielen gut, trete dem Wahlverein bei und abonnier auf die „Volksstimme“! Nur diese hat uns im vorigen Kampf unterstützt. Auch auf die materiellen Vorteile des Konsumvereins wird aufmerksam gemacht. Möge unser Appell nicht vergeben sein. Und die freudigen Kollegen, die Halberstadt meiden können, sollen es tun. Schaden erleben sie wirklich nicht.

dt. S.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die gewerkschaftliche Produktivgenossenschaft der Schneider in Zella, die vor einigen Jahren nach einem verloren gegangenen Streit mit Unterstützung des Schneiderverbandes und des Zeller Gewerkschaftsratels gegründet wurde, erzielte 1906: 88 000 M Umsatz (1905: 34 000 M), einen Bruttogewinn von 7296.18 M und einen Steingewinn von 1818.74 M.

Das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. hat im letzten Jahr unter dem Einfluß der Lebensmittelsteuerung wesentlich ungünstiger gewirtschaftet als im Jahre 1905. Es erzielte nur einen Steingewinn von 2611.27 M, gegenüber 12 452.91 M im Jahre 1905. Auch der Fremdenverkehr ist etwas zurückgegangen, und zwar von 29 321 Übernachtenden im Jahre 1905 auf 29 046 im Jahre 1906.

Die Innungskrankenfassen mehren sich seit einigen Jahren in ganz erheblicher Weise in Sachsen. Seit etwa 15 Jahren hat sich ihre Zahl mehr wie verdoppelt. Herzlich ist wieder eine Anzahl gegründet worden, ja in Döbeln, in Leipzig seine Konditorei-Zwangsinning-Krankenfasse für die ganze Kreishauptmannschaft Leipzig usw. Speben soll wieder eine in Neukölln gegründet werden für sämtliche Innungen, da die einzelnen zu schwach dazu sind. Natürlich soll dadurch nur die Ortskrankenfasse geschädigt werden, die ohnehin nur eine geringe Mitgliederzahl hat, da in Neukölln noch 9 Betriebskrankenfassen bestehen. Die Ortskrankenfasse wird gegen die Gründung des Verwaltungstreiberfahnen einsetzen, da es nach allen gesetzlichen Bestimmungen äußerst zweifelhaft ist, ob derartige gemeinsame Innungskrankenfassen überhaupt zulässig sind. Das Ministerium hat vor einigen Jahren einmal eine Verfügung erlassen, wonach von den Kreishauptmannschaften Innungskrankenfassen nur dann genehmigt werden sollen, wenn sie die Leistungen einführen, wie die Ortskrankenfasse hat, aus der die Mitglieder austreten und wenn sie den Besitz dieser Fasse nicht gefährden. Die Verfügung scheint aber nicht eingehalten zu werden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die vielen Neugründungen von Innungskrankenfassen auf politische Gründe zurückführt. Werden doch solche Fassen von den Innungen übernommen, so richten sie sich auf politische Gründe zurück. Werden sie vom Staat übernommen, so richten sie sich auf politische Gründe zurück.

Die Innungskrankenfassen mehren sich seit einigen Jahren in ganz erheblicher Weise in Sachsen. Seit etwa 15 Jahren hat sich ihre Zahl mehr wie verdoppelt. Herzlich ist wieder eine Anzahl gegründet worden, ja in Döbeln, in Leipzig seine Konditorei-Zwangsinning-Krankenfasse für die ganze Kreishauptmannschaft Leipzig usw. Speben soll wieder eine in Neukölln gegründet werden für sämtliche Innungen, da die einzelnen zu schwach dazu sind. Natürlich soll dadurch nur die Ortskrankenfasse geschädigt werden, die ohnehin nur eine geringe Mitgliederzahl hat, da in Neukölln noch 9 Betriebskrankenfassen bestehen. Die Ortskrankenfasse wird gegen die Gründung des Verwaltungstreiberfahnen einsetzen, da es nach allen gesetzlichen Bestimmungen äußerst zweifelhaft ist, ob derartige gemeinsame Innungskrankenfassen überhaupt zulässig sind. Das Ministerium hat vor einigen Jahren einmal eine Verfügung erlassen, wonach von den Kreishauptmannschaften Innungskrankenfassen nur dann genehmigt werden sollen, wenn sie die Leistungen einführen, wie die Ortskrankenfasse hat, aus der die Mitglieder austreten und wenn sie den Besitz dieser Fasse nicht gefährden. Die Verfügung scheint aber nicht eingehalten zu werden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die vielen Neugründungen von Innungskrankenfassen auf politische Gründe zurückführt. Werden doch solche Fassen von den Innungen übernommen, so richten sie sich auf politische Gründe zurück. Werden sie vom Staat übernommen, so richten sie sich auf politische Gründe zurück.

Baugewerbliches.

Zum Bauarbeitergeschäft. In Chemnitz ist am 1. März d. J. eine neue Verordnung, den Schutz der Bauarbeiter betreffend, in Kraft getreten. Den Antrieb hierzu hatten die Chemnitzer Bauarbeiter in einer Petition gegeben, die sie im Jahre 1904 beim Stadtrat eingereicht hatten. Die neue Verordnung bringt nicht alles, was die Arbeiter gefordert haben. Es hat man eine Hauptforderung, die Anstellung von Kontrollen aus Arbeiterkassen, nicht berücksichtigt. Die Kontrolle sollen die technischen Baukontrolleure mit übernehmen. Unter anderem bestimmt die neue Verordnung, daß das Schiefern der Bau-

aborte mindestens wöchentlich einmal zu geschehen hat, was bisher in den seltensten Fällen geschah. Auch die Abfuhr der Fäkalien ist jetzt der Abfuhrgeellschaft übertragen worden, die auch besondere Tonnen als Unterseiter zu liefern hat. Das Aufstellen von brennenden Kesseln ist jetzt untersagt, so lange Arbeiter auf dem Bau beschäftigt werden. Bisher brauchte der Raum, in dem der Korb stand, nur verschlagen zu sein. Ebenso muß jetzt auf jedem Bau ein Verbandskasten sowie Trinkwasser vorhanden sein. Die Bauten, auf denen Funkenreicher ausgeführt werden, müssen vom 1. Oktober bis 1. Mai verglast sein. Besonders ist es, daß in einem Kulturstaat solche Bestimmungen, wie oben angeführt, zum Schutze der Arbeiter erst noch erlassen werden müssen. Auch liefern diese Selbstverständlichkeit, die aber erst auf dem Wege der Verordnung durchgeführt werden können, eine treffliche Illustration der um das "Wohl der Arbeiter" doch immer so besorgten Unternehmer.

Die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hatte im Jahre 1905 zusammen 4610 verletzte Personen zu verzeichnen, die infolge eines Betriebsunfalls länger als drei Tage arbeitsunfähig waren. Auf 1000 Versicherte kommen 37,36 Verletzte gegen 35,43 im Jahre 1903. Die Zahl der Getöteten betrug im Jahre 1905 allein 80. Von der Gesamtzahl der Verletzten waren 1085 länger als 18 Wochen arbeitsunfähig, so daß für sie die Berufsgenossenschaft eintreten muß. Nur vier wurden als völlig erwerbsunfähig erklärt und erhielten die Vollrente. Es ist das ein Zeichen, wie selten die Berufsgenossenschaften dazu kommen, einen Verletzten als vollkommen arbeitsunfähig zu halten. Von den übrigen Verletzten, die man nur als "teilweise" arbeitsunfähig hält, wurden 442 dauernd, 559 nur als vorübergehend geschädigt erklärt. Mit den Verletzten aus den Vorjahren hatte die Genossenschaft an zusammen 5676 Personen Rechten zu gewähren, und zwar 983 425 M. Das ergibt für den einzelnen Verletzten die "Summe" von 173 M. pro Jahr. 838 Witwen erhielten 145 958 M., 897 sonstige Hinterbliebene 125 746 M. 18 Verletzte ließen sich eine einmalige Absindungssumme ausschreiben; sie erhielten 9003 M.

Die Zahl der Betriebe betrug 11 942, die der beschäftigten Personen 123 408. Es kommen somit auf einen Betrieb durchschnittlich 10 Arbeiter (gegen 9 im Jahre 1903). Unter den Betriebsunternehmern befanden sich 7121, die selbst mit praktisch tätig und dadurch selbst mit versichert waren. Die gezahlten Löhne betrugen 93 904 060 M., so daß auf den einzelnen Arbeiter der Betrag von 760 M. entfällt. Für die Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigung hatte die Genossenschaft 73 595 M., für die Schiedsgerichte 24 194 M., für die Unfallverhütung 29 088 Mark und für sonstige Verwaltung (Gehälter usw.) 183 958 Mark aufzuwenden. Die Einnahme an Beiträgen (Umlagen) betrug 1 785 079 M., womit auf den einzelnen Versicherten der Betrag von circa 14 M. pro Jahr entfällt. Der Reservesonds hat die Höhe von 3 414 509 M. erreicht.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsunstetzung, die seit dem 1. Juni 1906 in Tätigkeit ist, hat sich laut Bericht an die Generalversammlung des Verbandes bisher günstig entwickelt und damit bewiesen, daß dieser Gedanke lang gehalten Wünschen entsprach und daß die der Gesellschaft gegebene Form derartig den Bedürfnissen der weitesten Kreisen angepaßt ist, daß ihre stetige Weiterentwicklung sicher erscheint. Die in den Kreisen mancher Sozialpolitiker früher ausgesprochene Befürchtung, daß die Gründung der Streitentschädigungsgesellschaften zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze führen könne, hat sich nicht erfüllt, vielmehr hat die Leitung der Entschädigungsgesellschaft wiederholt Gelegenheit gehabt, eine große Anzahl Streits zu ver-

hüten und auch sonst ausgleichend auf bestehende Gegenseitigkeiten zu wirken. Da, wo ein Kampf als unberechtigte Machtprobe angesehen wurde, ist selbstverständlich die Entschädigungsgesellschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eingetreten und hat den betreffenden Arbeitgeber einen großen Teil der erlittenen Verluste entschädigen können.

Immer und immer wieder muß auf die Rüstungen der Unternehmer hingewiesen werden, um den Opfergeist der Arbeiter zwecks Nutzen ihrer Organisationen noch mehr zu erhöhen. Rings von Feinden umgeben, sind die Arbeiter nur auf sich selbst angewiesen, darum heißt es, er steht auf dem Posten sein.

Verschiedenes.

Arbeiter, Alkohol und Krankenkassen. Höchst interessant sind die Erfahrungen der großen englischen abstinenz- und nichtabstinenten Krankenkassen über die Krankheitsdauer ihrer Mitglieder. Auf allen Altersstufen vom 18.—70. Lebensjahr zeigen die Nichtabstinenten eine mehr als dreifache Krankheitsdauer gegenüber den Abstinenten, weshalb die Nichtabstinenten jährlich einen mehr als doppelten Mitgliedsbeitrag zu leisten haben. Ein Artikel lenkt in der "Wien. Medizin. Wochenschrift" auf diese wichtige Tatsache die Aufmerksamkeit unserer Arbeiterkrankenkassen. Eine Herabsetzung des Mitgliedsbeitrages für Abstinenten, eventl. auf Kosten des Beitrages für Nichtabstinenten, wäre nach ihm eine gerechte und billige Maßregel, die gleichzeitig ein mächtiger Ansporn für die Abstinenzbewegung unter den Arbeitern sein könnte. Die Krankenkassen würden dadurch für ihr eigenes Interesse und für das Wohl der Arbeiterschaft großes Leidet.

Wenn der Arbeiter durch Abstinenz seine Erwerbsfähigkeit erhöht und sein Leben verlängert oder, richtiger gesagt, nicht verkürzt — von

dem verheerenden Einfluß der Trunksucht auf den Familienfrieden und die Gesundheit der Nachkommen, sowie von ihrer Wirkung auf die Vermehrung der Zahl der Unfälle, Vergehen und Verbrechen wollen wir hier abschließen — soll dann der Kassenarzt, der Berater und Freund des Arbeiters, ihm nicht mit gutem Beispiel vorangehen? Er ist es, der die Mitglieder der Arbeiterkrankenkassen zu belehren hat, daß die im Rausche begangenen Vergehen und Verbrechen lange Gefängnisstrafen nach sich ziehen, daß die Zwangsarbeit den Lohn des freien Arbeiters droht, daß also Trinken so viel heißt wie zum Drücken der Löhne beitragen, daß am Montag die meisten Unfälle infolge des Trinkens am Sonntag geschehen. Daburch leiden auch die Krankenkassen und, wenn die Arbeiter nur die Hälfte des für Alkohol verbrauchten Geldes für die Hebung ihres materiellen und geistigen Wohles ausgeben würden, so könnten sie ihre Sache viel kräftiger fördern.

kfg.

Schrotkörner im Mund als Ursache von Bleivergiftung. Wie wenig die Menschen vor Gesundheitsschädigungen sicher sind, geht aus einem höchst interessanten Fall hervor, über den H. S. Plumlock in der "Berl. Bahnärzt. Wochenschrift" berichtet. In seine Sprechstunde kam eine hervorragende Autorität der Dermatologie mit der Klage, seit Wochen einen unangenehmen Geschmac auf der Zunge und eine bedeutende Beeinträchtigung des Geschmackvermögens zu haben. Als eine Magenbehandlung erfolglos blieb, dachte man an die Zahne als Ursache. Nur ein einziger Backenzahn trug eine Guttaperchafüllung, während alle andern in tadellosem Zustand waren. Bei genauer Besichtigung fand Plumlock zwischen dem zweiten und dritten Backenzahn links oben eine kleine Schrotkugel eingeklemmt, die sich leicht entfernen ließ. Sie konnte nur beim Genuss von Wild dahin geraten sein und muß als der Erreger der Erscheinungen an der Zunge angesessen werden. Die Besserung trat sofort nach der Entfernung der Schrotkugel ein und nach 10 Tagen waren sämtliche Erscheinungen verschwunden.

kfg.

Briefkasten.
Hildesheim. A. F. O. Ist ein Aprilscherz.

Sterbetafel.

Hamburg. Am 20. März verstarb an der Lungenerkrankung unser Mitglied Fr. Erhard 48 Jahre alt.

Vereinsteil.

Werkannuntersuchung.

Ausgeschlossen auf Grund des § 7a des Statuts: Almend Joh., Buchn. 22 durch die Filiale Mainz.

Beitragserhöhung. Reichenhall 55 J., Cuxhaven und Rathenow 50 J., wird hiermit bestätigt.

Die Neu- und Erhöhungswahlen der Filialverwaltungen, die bis zum 31. März gemeldet wurden, werden hiermit bestätigt.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 26. bis 31. März.

Eingebracht wurden Bremen 1.600,—, Oberstein 80,—, Hamburg 2500.—

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Paul Hoffmann, Buchn. 15 542, bez. 52 W. 06; Mich. Törl, Buchn. 22 260, bez. 3 W. 07; Frz. Mallowat, Buchn. 6387, bez. 52 W. 06; Ernst Seidler, Buchn. 11 214, bez. 8 W. 07.

Material wurde versandt:
B. = Beitragssachen, E. = Eintrittsmarken, D. = Duplikatsachen, B.-M. = Vereinsangelegermarken, Chemnitz 2800 B. a 20 J.; Köln 200 E.; Eisenberg 400 B. a 50 J.; Emden 800 B. a 50 J., 200 B. a 15 J., 800 B.-M.; Essen 400 B. a 25 J.; Friedberg 20 E.; Hamburg 30 D.; Karlsruhe 1200 B. a 45 J., 600 B. a 20 J.; Landau 800 B. a 45 J.; Marburg 800 B. a 45 J.; Mühlhausen i. E. 200 B. a 20 J.; München 200 E.; Nienburg 200 B. a 45 J., 10 E.; Offenbach 400 B. a 20 J.; Rathenow 400 B. a 50 J., 10 E.; Reichenhall 800 B. a 55 J.; Solingen 800 B. a 45 J., 400 B. a 15 J., 20 E., 5 D.; Waldenburg 800 B. a 45 J., 400 B. a 15 J., 20 E., 5 D.; Weißwasser 800 B. a 15 J., 400 B. a 15 J., 20 E., 5 D.; Windesheim 400 B. a 50 J.

G. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Angeschriebene Hülfkasse Nr. 71)

Bericht des Hauptkassierers vom 24. bis 30. März 1907.

Über erschisse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingeliefert von Berlin-Gr. Lichtenfelde 200 M.; Scheid-Hamburg-Barmbeck 150 M.; Naumb.-Bremen 200 M.; Aixheim-Halberstadt 100 M.; Besser-Friedrichshagen 100 Mark; Kaufhofs-Weihensee 50 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeliefert an Delle-Stuttgart 400 M.; Darm-Ehingen 40 M.; Schreiner-Freiburg i. B. 150 M.

Krankengeld erhielten: Buchn. 14274 A. Voll in Stolzen 10.50 M.; Buchn. 28360 B. Jenner in Büsum 12.60 M.; Buchn. 25268 Th. Breitenstein in Nallmerode 12.60 M.; Buchn. 8406 H. Heller in Erlau 25.20 M.; Buchn. 14820 D. Erhardt in Arnis 21. M.; Buchn. 8630 H. Seelig in Neuschberg-Dirrenberg 46.20 M.; Buchn. 14976 J. Olawski in Frankensteine i. Schle. 14.70 M.; Buchn. 876 J. Kühlke in Angermünde 18.90 M.

J. H. Wulff, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Schriftenheft

1. M. und 3. Jg., je eine Ausgabe zum Schriftenheft von 2.70 M., Schriftenheft mit 100 verschiedenen Schriften von Reihe 2.50 M., 20 Umläben 4 M., Malerläster und Materialleider billig.

P. Steet,

Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

50 farbige Malvorlagen Mk. 6.—, Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (natürgetreu), Ph. Brühl, Geffen i. Westf.

Malerschule in best. Güte, sowie auch alle Arten Stiefel kann man am besten bei Fr. Deutsch, Hamburg, Hammerbrookstr. 10. 5. H. v. d. gr. Allee

Vergrößerungen am besten und billigsten
z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 46/56 cm
60 Pf. 70 Pf.
(Negative gratis) liefert

Richard Swierzy, Ges. m. b. H., Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt 1, 3008. Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 18 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich Mr. Martl, Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17. Verlag von H. Wentler, Hamburg 22. Druck von Dr. Meyer, Hamburg 28.

Anzeigen.

Lackiergehülfen

finden sofort lohnende Anstellung. Neße-
geld wird vergütet. Offerten unter G. 100
befördert die Expedition.

Vereinigung der Maler. Filiale Hamburg.

Zahlstelle Blankenese.

Sonntag, 7. April

6jähriges Stiftungs-Fest

Im Volksfest des Herrn J. Siemers, "Klein-Flottbecker Park" in Klein-Flottbeck. Verbunden mit Preiselegeln und Ball.

Aufgang 4 Uhr.

Eine zahlreiche Beteiligung seitens der Kollegen von Altona und Hamburg erwartet [M. 4.60] Der Vorstand.

Maler - Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität

Unlegierkragen, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang
2.90 3. — 3.10 3.25 M.

Mäntel 40 J., Nessel-Hosen 2.10 M., Dreißel-Hosen und Jacken von Leinen à 2.80 M., Extra-Größe per Stück 3. — M.

D. Wurzel & Co., Berlin,
Brüderstraße 13, I.

Hamburg.

Aller nach hier zureisenden Kollegen zur dringenden Beachtung, daß das Verkehrs- und Herbergsklokal, sowie das Bureau sich im Gewerkschaftshaus, Biesenbinderhof 57—60 (am Centralbahnhof) befinden. Ebenda wird auch der Arbeitsnachweis der Filiale geführt. Das Bureau, Zimmer 49, ist geöffnet von 9—1 Uhr vormittags und von 5—8 Uhr nachmittags.

Die Filialverwaltung.

Beginn 15. Oktober bis 15. März. — Prospekt gratis. — Schüler unserer Schule erhalten nach Absolvierung eines Curses auf dem vorjährigen Mälertag e. in Dortmund erste Preise.

Die Filialverwaltung.

Allen nach hier zureisenden Kollegen zur dringenden Beachtung, daß das Verkehrs- und Herbergsklokal, sowie das Bureau sich im Gewerkschaftshaus, Biesenbinderhof 57—60 (am Centralbahnhof) befinden. Ebenda wird auch der Arbeitsnachweis der Filiale geführt. Das Bureau, Zimmer 49, ist geöffnet von 9—1 Uhr vormittags und von 5—8 Uhr nachmittags.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in

Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosen-
stoffen, Westenstoffen, Damentuches etc.

unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuerungen in besserer Qualität zu allerbilligstem Preis. Verlangt Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselbe sofort franko ohne Kaufzwang.

Lehmann & Assmy, Spremberg L. 52

Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Angeschriebene Hülfkasse Nr. 71.)

Eintrittsgeld 2 Mark. Wöchentlicher Beitrag Mark 0.60. Krankengeld pro Woche Mark 2.10, für 26 bezw. 52 Wochen. Sterbegeld Mark 110. — Kassenvermögen am Schluss des Jahres 1906 M. 226,267,87; in über 150 Städten hat die Kasse örtliche Verwaltungsstellen errichtet, und wird den Kollegen der Beitritt empfohlen.

Der Vorstand.